

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Sennestadt
am 16.06.2016

Tagungsort: Gemeindesaal Thekoa, Paracelsusweg 1
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Lars Nockemann Bezirksbürgermeister

CDU

Frau Serpil Cinar
Frau Annette Dehmel
Herr Thorsten Kirstein
Herr Holger Nolte
Frau Tanja Orłowski
Herr Frank-Michael Sprungmann
Herr Dieter Tellenbröcker

SPD

Frau Brigitte Biermann
Herr Stefan Fleth
Herr Karl Heinz Masmeier
Herr Markus Müller

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dr. Ulrich Schumacher

UBF

Herr Udo Buse

Verwaltung

Frau Angelika Schröder	VHS, Nebenstelle Sennestadt	Zu TOP 6
Herr Stefan Günther	Dezernat 2	Zu TOP 7
Herr Thomas Helmke	Amt f. Jugend u. Familie	Zu TOP 8
Herr Eberhard Grabe	Bezirksamt Sennestadt	
Frau Christina Schwabedissen	Bezirksamt Sennestadt	

Gäste

Herr Edmund Geißler Ortschaftsreferent E'heim

Nicht anwesend:

Die Linke

Herr Ralf Formanski

Öffentliche Sitzung:**Zu Punkt 0 Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Herr Nockemann eröffnet die Sitzung mit der Begrüßung der Anwesenden. Gleichzeitig stellt er die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Bezirksvertretung fest. Anschließend bittet er den Gastgeber der heutigen Sitzung, den Ortschaftsreferenten der von Bodelschwingschen Stiftungen Eckardtsheim, Herrn Edmund Geißler, um einen kurzen Bericht.

Herr Geißler begrüßt die Bezirksvertretung und das Publikum und berichtet zu verschiedenen Punkten. Unter Anderem stellt er die geplante Bebauung im Eckardtsheimer Zentrum vor.

Nach seinem Bericht tritt die Bezirksvertretung mit der Einwohnerfragestunde (TOP 1) in die Tagesordnung ein.

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Sennestadt

1.1 Herr Czerniak stellt als Bürger, der noch nicht sehr lange in Sennestadt wohnt, mehrere Fragen zu verschiedenen Punkten. Zu folgenden Punkten überreicht er schriftliche Eingaben: a) Verkehrszählung auf der Verler Straße, Höhe Quality Hotel; b) Fortsetzung Moratorium Fuggerstraße; c) Klimaschutzsiedlung Schillinggelände.

Zum Punkt c) teilt Herr Nockemann mit, dass es als TOP 5.3 einen Antrag gebe und verweist auf die Beratung dieses Tagesordnungspunktes. Bezüglich der Liquidität der Sennestadt GmbH könne er keine Auskünfte geben.

Ferner stellt Herr Czerniak eine Frage zur fehlerhaften Bekanntmachung zum Bebauungsplan Fuggerstraße. Herr Nockemann bittet, die Behandlung des Tagesordnungspunktes 4.3, der dieses Thema zum Inhalt hat, abzuwarten.

1.2 Herr Fehring von der Bürgerinitiative - Für Senne, Wald und Trinkwassererhalt: - Stoppt die Württemberger Allee - stellt 4 Fragen zu verschiedenen Themenbereichen. Die Fragen hat er schriftlich formuliert. Sie sind der Niederschrift als **Anlage zu TOP 1.2** beigelegt.

1.3 Eine Dame fragt, was mit Eingaben zum geplanten Windpark, die bis einschließlich gestern abgegeben werden konnten, passieren werde.

Herr Grabe teilt mit, dass es dazu einen öffentlichen Erörterungstermin geben werde.

- 1.4 Frau Wrobel kritisiert das Schreiben des Beigeordneten Herrn Moss an die Anwohner der Verler Straße, die von der künftigen Lärmentwicklung im Industriegebiet Fuggerstraße betroffen seien. Es enthalte unlogische Äußerungen, aus denen man nicht entnehmen könne, was gemeint sei. Außerdem kritisiert sie die Einlassungen zur Abbiegesituation an der Kreuzung Verler / Paderborner Straße. Es müsse unbedingt darauf geachtet werden, dass die entsprechenden Abbiegespuren angelegt würden.

Herr Nockemann erwidert, dass man heute noch nichts zu dem Schreiben sagen könne, da es erst seit gestern vorliege und sich die Bezirksvertretung hierzu noch genauer informieren müsse.

- 1.5 Eine Anwohnerin der Schlinghofstraße beklagt sich über den LKW-Durchgangsverkehr auf dieser Straße, der eigentlich nicht erlaubt sei. Sie fragt, was die Bezirksvertretung dagegen zu tun gedenke.

Herr Nockemann antwortet, die Bezirksvertretung habe dort vieles versucht, was aber bisher nicht wirklich zielführend gewesen sei.

- 1.6 Frau Geilhaar merkt generell an, sie habe den Eindruck, dass es in der Politik immer heiße „Macht mal!“ und erst danach werde über die Konsequenzen nachgedacht, die sich daraus ergeben.

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 17. Sitzung der Bezirksvertretung Sennestadt am 21.04.2016

Beschluss:

Die Niederschrift wird genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Herr Grabe macht folgende Mitteilungen:

3.1 **Termine**

- Eckardtsheimer Veranstaltungsreihe „Mittendrin“ vom 19.06. bis 07.07.2016
- Schlager- und Oldie-Night der Freiwilligen Feuerwehr Eckardtsheim am 02.07.2016
- 10 Jahre AWO-Forum am Reichowplatz am 01.07.2016
- Sportferienprogramm des Stadtbezirks Sennestadt vom 11.-22.07.2016
- Das für den 17.06.2016 vorgesehene Bärenplatzkonzert muss witterungsbedingt leider ausfallen, soll aber zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden.

3.2 Erneuerung Schmutzwasserkanal in der Straße Am Stadion

In der Zeit von Mai bis Dezember 2016 wird in der Straße Am Stadion der Schmutzwasserkanal erneuert. In dieser Zeit muss mit Verkehrsbehinderungen gerechnet werden.

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Raumbedarf der Hans-Christian-Andersen-Schule

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3331/2014-2020

Herr Grabe trägt die Antwort des Leiters des Amtes für Schule vom 13.06.2016 vor.

Sie ist der Niederschrift als **Anlage zu TOP 4.1** beigefügt.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 4.2 Verkehrsführung Fuldaweg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3333/2014-2020

Herr Grabe trägt dazu eine Mitteilung des Amtes für Verkehr – Straßenverkehrsbehörde – vom 01.09.2015 vor, die der Bezirksvertretung seinerzeit versehentlich nicht mitgeteilt wurde.

Die Mitteilung ist der Niederschrift als **Anlage zu TOP 4.2** beigelegt.

Herr Müller kritisiert die Antwort des Amtes für Verkehr. Besonders morgens zu Schulbeginn und nachmittags zum Schulschluss, wenn viele Kinder mit dem Auto gebracht oder abgeholt würden, sei die Situation im Werraweg und dem angrenzenden Fuldaweg kritisch und stelle eine Gefahr für die Kinder dar, die zu Fuß gehen oder mit dem Fahrrad fahren.

Die Bezirksvertretung möchte wissen, zu welchen Zeiten die Verkehrssituation vor Ort geprüft worden sei. Ggf. wolle man erneut einen entsprechenden Antrag zur Verbesserung der Verkehrssituation im Werraweg stellen.

Herr Grabe teilt mit, dass von Seiten der Regierung wohl geplant sei, vor Kitas, Schulen und Altenheimen Ergänzungen zu den bestehenden Verkehrsregelungen zu schaffen, die die Kinder bzw. die Altenheimbewohner besser vor dem motorisierten Verkehr schützen sollen.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 4.3 Bekanntmachung zum B-Plan "Fuggerstraße"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3334/2014-2020

Nachdem Herr Nockemann die Anfrage vorgelesen hat, trägt Herr Grabe dazu die Antwort des Bauamtes vom 14.06.2016 vor.

Sie lautet:

Im Rahmen der Bauleitplanaufstellung bzw. –Änderung trifft üblicherweise der Stadtentwicklungsausschuss die Entscheidung über den Entwurfsbeschluss. In der Bezirksvertretung erfolgt in der Regel eine Vorberatung und die Bezirksvertretung gibt eine Empfehlung zur Beschlussfassung an den Stadtentwicklungsausschuss ab. Verfahrensrelevant ist ausschließlich der Entwurfsbeschluss. Nur dieser ist öffentlich bekannt zu machen. Das Verfahren zur öffentlichen Bekanntmachung richtet sich nach den einschlägigen Vorschriften des Baugesetzbuches, der Bekanntmachungsverordnung und der Hauptsatzung der Stadt Bielefeld.

Im vorliegenden Fall hat der Stadtentwicklungsausschuss den Entwurfsbeschluss am 01.03.2016 gefasst. Verbunden mit diesem Entwurfsbeschluss waren zahlreiche Arbeitsaufträge an das Bauamt bzw. die Verwaltung, die im weiteren Verfahren abgearbeitet werden sollen. Die Arbeitsaufträge als solche haben jedoch nur internen Charakter im Verhältnis zwischen den politischen Gremien und der Verwaltung.

Es mag sein, dass der in die Bezirksvertretung eingebrachte Antrag, die Formulierungen im Laufe der Diskussionen in der Sitzung und/oder der Beschluss der Bezirksvertretung einen anderen Wortlaut haben, maßgeblich für die Bauleitplanaufstellung und die öffentliche Bekanntmachung ist aber in diesem Fall allein der Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 01.03.2016. Auch ein in den Stadtentwicklungsausschuss eingebrachter Antrag und/oder abweichende Formulierungen in der Diskussion während der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses sind nicht relevant.

Die öffentliche Bekanntmachung enthält im vorliegenden Fall genau den Text, den der Stadtentwicklungsausschuss in seiner Sitzung am 01.03.2016 beschlossen hat und der im (genehmigten und unterschriebenen) Sitzungsprotokoll enthalten ist. Insofern ist seitens des Bauamtes kein Fehler gemacht worden. Das Bauamt darf nur den Text bekannt machen, der vom Stadtentwicklungsausschuss beschlossen wurde.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass in der Folgesitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 12.04.2016 bei der Genehmigung des Protokolls vom 01.03.2016 zwar auf die Abweichung hingewiesen, das Protokoll jedoch nicht geändert, sondern in der ursprünglichen Fassung genehmigt wurde.

Verfahrensrechtliche Konsequenzen sind im Übrigen nicht zu befürchten. Der Teil des Beschlusses, der die verwaltungsinternen Arbeitsaufträge des Stadtentwicklungsausschusses an das Bauamt bzw. die Verwaltung enthält, ist verfahrensrechtlich nicht relevant.

Die Anfrage und die Antwort werden kontrovers diskutiert. Einigen ist nicht klar, ob das, was von der Bezirksvertretung bezüglich Lärmschutz an der Verler Straße gefordert wird, aufgrund des Beschlusses des StEA auch umgesetzt werden kann.

Herr Nolte stellt dann mündlich dazu einen Antrag, der das Thema Lärmschutz entlang der Verler Straße erneut aufgreift. Dieser Antrag wird dann beschlossen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Sennestadt bittet den Stadtentwicklungsausschuss, erneut zu beschließen, dass aufgrund der zu erwartenden Mehrbelastungen aus dem künftigen Industriegebiet „Fuggerstraße“ für den gesamten Bereich entlang der Verler Straße zwischen Paderborner Straße und Altmühlstraße umfassende Lärmschutzmaßnahmen geprüft werden.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5 Anträge**Zu Punkt 5.1 Parkverbot Jadeweg**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3324/2014-2020

Herr Müller teilt für die SPD-Fraktion mit, dass man der Sache generell zustimme, aber das Ganze nur geringe Erfolgsaussichten haben werde. Die für den Jadeweg geschilderte Situation treffe leider auf viele Sennestädter Straßen zu.

Herr Sprungmann macht deutlich, dass man von der Verwaltung ein Konzept für den Jadeweg erwarte.

Dr. Schumacher würde es begrüßen, wenn alle Sennestädter Straßen bezüglich der Parksituation überprüft würden und das Ergebnis in Form einer Liste an die Verwaltung zur Beurteilung abgegeben würde.

Es wird dann wie folgt beschlossen:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung zu prüfen, wie ein einseitiges/wechselseitiges Parkverbot im Jadeweg realisiert werden kann.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5.2 Verbesserung der Verkehrssicherheit an den Sennestädter GrundschulenBeratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3335/2014-2020

Nach kurzer Diskussion wird der Antrag beschlossen.

Beschluss:

Es soll geprüft werden, wie die Situationen an den Sennestädter Grundschulen vor allem beim Bringen, aber auch beim Abholen der Kinder, sicherer gestaltet werden kann. Insbesondere soll es für Kinder, die zu Fuß, mit dem Rad oder dem Bus kommen, sicherer werden.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5.3 Realisierung des Wohngebietes auf dem Schillinggelände

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3336/2014-2020

Herr Nolte, CDU, nimmt zu dem Antrag der SPD-Fraktion Stellung. Es seien in der Sache gewisse Rahmenbedingungen zu erfüllen. Die Entscheidungen dazu, wie zum Beispiel Klimaschutz, Rückbau der L 756 usw. stünden kurz bevor.

Im Antrag mache es den Anschein, als würde die Sennestadt GmbH die Sache verzögern. Das sei aber absolut nicht der Fall.

Er habe deshalb einen Änderungsantrag formuliert, den er zur Abstimmung stelle.

Herr Nolte trägt den Änderungsantrag vor.

Frau Biermann widerspricht Herrn Nolte in der Sache. Es müsse nicht noch einmal neu beschlossen werden, was die Bezirksvertretung oder andere Gremien bereits beschlossen hätten.

Herr Müller weist den Vorwurf zurück, der Sennestadt GmbH mit dem Antrag Untätigkeit unterstellen zu wollen.

Da die Diskussion zum Antrag und Gegenantrag nicht zum Abschluss kommen, beantragt Herr Sprungmann für die CDU-Fraktion eine Sitzungsunterbrechung, um sich kurz intern beraten zu können.

Die Sitzung wird von 19.25 Uhr bis 19.30 Uhr unterbrochen.

Nach Wiederbeginn trägt Herr Müller einen geänderten neuen Antrag vor, in den der Änderungsantrag von Herrn Nolte eingeflossen ist und über den dann abgestimmt wird.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Sennestadt GmbH schnellstmöglich für eine Realisierung des Wohngebietes auf dem Schillinggelände zu sorgen.

In der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung am 08.09.2016 soll die Sennestadt GmbH zusammen mit der Verwaltung über den Verfahrensstand informieren und gemeinsam mit der Bezirksvertretung Sennestadt die Parameter für den Entwurfsbeschluss festlegen.

Der **Planungsentwurf** soll der Bezirksvertretung dann nach den Sommerferien in 2016 zur Beschlussfassung vorgelegt werden, damit Anfang 2017 der Satzungsbeschluss gefasst werden und die Vermarktung des Geländes beginnen kann.

Darüber hinaus soll die Bezirksvertretung zukünftig wieder regelmäßig

über den Verfahrensstand informiert werden.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6

**Programm der Volkshochschule - Nebenstelle Sennestadt -
Studienjahr 2016/2017**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3027/2014-2020

Frau Schröder, Nebenstellenleiterin der VHS-Nebenstelle Sennestadt, stellt das neue Programm für das Studienjahr 2016/2017 vor, das einige neue Angebote enthält. Frau Schröder berichtet auch, dass einige langjährige Angebote herausgenommen wurden, weil das Interesse an den Kursen deutlich zurückgegangen sei.

Die Bezirksvertretung zeigt sich erfreut über das neue Angebot und bedankt sich bei Frau Schröder für den Bericht.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Sennestadt beschließt das VHS-Programm 2016/2017 für den Stadtbezirk Sennestadt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7

**Ausstattung der Turnhalle der ehem. Comeniuschule mit
festinstallierten Turngeräten**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3053/2014-2020

Herr Günther berichtet zur Vorlage und nimmt zu den Fragen der BV-Mitglieder Stellung.

Der Bericht wird kurz diskutiert. Die Haltung der Bezirksvertretung zu dem Projekt ist positiv.

Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss und der Betriebsausschuss des Immobilienservicebetriebes nehmen Kenntnis, die Bezirksvertretung

Sennestadt beschließt die Ausstattung der Turnhalle der ehem. Comeniuschule mit festinstallierten Turngeräten.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit Freien Trägern für den Zeitraum 2017 – 2019

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3135/2014-2020/2

Herr Helmke, Amt für Jugend und Familie, berichtet zur Vorlage und beantwortet Fragen der BV-Mitglieder.

Die Bezirksvertretung ist mit der Vorlage grundsätzlich einverstanden und beschließt entsprechend.

Die Beiräte, die Bezirksvertretungen, - hier: Bezirksvertretung Sennestadt -, der Sozial- und Gesundheitsausschuss und der Jugendhilfeausschuss empfehlen, der Rat der Stadt beschließt:

1. Die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit den Trägern der Jugendhilfe und der sozialen Arbeit werden in den Jahren 2017 – 2019 weitergeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, das System in dialogischen Verfahren wirkungsorientiert weiter zu entwickeln und gemeinsam mit den Trägern fachlich gebotene Veränderungen vorzubereiten und gegebenenfalls den zuständigen Gremien vorzulegen.
2. Der in der Anlage 1 beigefügte Bericht und die dort dargelegten Handlungsempfehlungen dienen als Grundlage für die Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen in der Vertragsperiode 2017 – 2019 und wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
3. Für den Bereich der **Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA)** werden in der Vertragsperiode 2017 – 2019 folgende Angebotsverlagerungen/-anpassungen weiterverfolgt:
 - o Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Trägerverein der Ev. Offenen und Mobilien Arbeit mit Kindern und Jugendlichen e.V. und dem AWO Kreisverband e.V. über eine Neuausrichtung ihrer Angebote zu verhandeln (siehe Anlage 1 unter Ziffer 4.2.1., Seite 9 ff). Über das Ergebnis ist in den zuständigen Gremien zu berichten.
 - o Den Überlegungen zur Weiterentwicklung des HOT Zefi und dem angedachten Trägerwechsel vom Verband der Ev. Kirchengemeinden in Brackwede zum Diakonieverband

Brackwede wird zugestimmt

- o Die 0,5 Fachkraftstelle der Stadtteileinrichtung Moenkamp wird an die Stadtteileinrichtung Helli angegliedert. Vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation wird der Standort Moenkamp zunächst weiter geführt.

Die Umsetzung etwaiger Maßnahmen erfolgt haushaltsneutral.

4. Für den Bereich der **Seniorenarbeit** wird die Verwaltung beauftragt,
 - o in der Vertragsperiode 2017 – 2019 mit den Beteiligten auf einen wirkungsorientierten Ressourceneinsatz unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf sozialräumliche/regionale Umsetzungsprozesse hinzuwirken.
 - o für alle Begegnungs- und Servicezentren Kernaktivitäten zu definieren und gemeinsame Ziele, Eckpunkte und Qualitätsstandards abzustimmen. Das weiter entwickelte Konzept soll dabei die vorhandenen Ressourcen und die Besonderheit des Sozialraums berücksichtigen.
 - o das Berichtswesen (siehe Anlage 1 unter Ziffer 8., Seite 16) indikatorengestützt mit dem Blick auf Kernaktivitäten, Struktur, Prozesse und Ergebnis der Seniorenarbeit der Begegnungs- und Servicezentren weiterzuentwickeln.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Aktivitäten zur Einrichtung von niedrigschwelligen Stadtteilzentren mit einer Öffnung der Häuser für unterschiedliche Zielgruppen in den ausgewählten Quartieren weiterzuentwickeln bzw. zu initiieren. Dies betrifft insbesondere die Einrichtungen Freizeitzentren Baumheide und Stieghorst, das Eva-Gahbler-Haus in Sieker, das Jugendzentrum Niedermühlenkamp in Mitte, das LUNA in Sennestadt und das HOT Zefi in Senne. Außerdem sind entsprechende Überlegungen für die Heeper Fichten, Brackwede und Jöllenbeck weiterzuverfolgen. Über den Stand der Umsetzung ist in den zuständigen politischen Fachausschüssen regelmäßig ab dem 2. Quartal 2017 zu berichten.
6. Mit Mitteln der Jugendhilfe finanzierte **Schulsozialarbeit** ist vorrangig zur Unterstützung benachteiligter Schülerinnen und Schüler zunächst an Förder- und Hauptschulen einzusetzen. Wenn alle Förder- und Hauptschulen mit Schulsozialarbeit versorgt sind, können frei werdende Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter den Schülerströmen folgen und an anderen Schulen, z.B. an Realschulen, eingesetzt werden.
7. Die Verwaltung wird mit der Entwicklung eines gesamtstädtischen Konzeptes zur **Schulsozialarbeit** unter besonderer Berücksichtigung gelingender Übergänge beauftragt. Über die

Umsetzung ist in den zuständigen politischen Fachausschüssen im 2. Quartal 2017 zu berichten.

8. Das **Finanz- und Fachcontrolling** ist im Hinblick auf die Zielsetzung und Methodik weiter zu entwickeln. Die Kombination aus Zielworkshops, Wirksamkeitsdialogen und regelmäßigen Berichten an die Fachgremien als Kernkomponenten des Fachcontrollings wird zunächst in den Pilotbereichen OKJA, Seniorenarbeit, Frauen und Mädchen sowie Menschen mit chronischer Erkrankung (Sucht) erprobt und nach positiver Evaluation sukzessive ausgeweitet.
9. In den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen werden eine „**Leistungs-minderungsklausel**“ und Regelungen für eine evtl. **Veränderung während der Vertragslaufzeit** aufgenommen.
10. Die unterschiedliche Finanzierung von Angeboten der freien Träger durch Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen zum einen und Zuschüsse zum anderen wird in der Vertragsperiode 2017 – 2019 harmonisiert. Die in Anlage 2 dargestellten **zuschussfinanzierten Angebote und Leistungen** werden in das System der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen überführt.
11. Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzierung der **Leistungen nach § 16 a SGB II** in ein wirkungsorientiertes, entgeltfinanziertes System zu überführen. Die entsprechenden Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen sind dem folgend anzupassen. Über die Umsetzung ist in den zuständigen politischen Fachausschüssen im 2. Quartal 2017 zu berichten.
12. Die Mittel der sogenannten **linearen Umverteilung** im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit werden mit Beginn der neuen Vertragsperiode in das System der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen integriert. Die bisherigen Umverteilungsbeträge sind prozentual entsprechend der Aufteilung der jeweiligen Vertragssumme den Personal- und Sachkostenanteilen zuzuordnen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Grabe teilt mit, dass der Veranstalter der „Park-Klänge“ darum gebeten habe, dass die ursprünglich für den 02.07.2016 vorgesehene Samstagsveranstaltung aus organisatorischen Gründen auf Samstag, den 23.07.2016, verlegen zu dürfen; ersatzweise auf den 30.07.2016, falls

das Wetter am 23.07.2016 nicht mitspielt.

Die Bezirksvertretung ist mit dieser Veränderung einverstanden.

Nichtöffentliche Sitzung